

daß wir Ihnen nur dadurch danken können, daß wir Ihnen wünschen, Ihnen möglichst glückliche Tage in der Zukunft beizubringen. Ich erlaube mir, mein Glas zu erheben und zu trinken auf das Wohl Ihrer Majestäten der hohen Bundesfürsten und aller unserer Vögte. Sie leben hoch!"

Der österreichisch-ungarische Gesandte überbrachte bei seiner Audienz ein Glückwunschschreiben des Kaisers von Oesterreich.

Abschiedsbrief für den Fürsten Radolin.

Aus Paris wird gebracht: Präsident Faillades gibt heute abend zu Ehren des scheidenden deutschen Botschafters, Fürsten Radolin, ein Abschiedsessen, dem auch der kabinetschef Briand beizuwohnen wird. Dieser hat infolge dessen das Dejeuner, das ihm zu Ehren in Quibron veranstaltet werden sollte, um 24 Stunden verschoben lassen.

Die neue Militärvorlage.

Gegenüber einer Meldung der „Militär-Politischen Korrespondenz“ schreibt man der „Nationalist. Corr.“ von untrügender militärischer Seite: Eine gründliche Untersuchung der vorliegenden Vorlage ist die Voraussetzung, daß den Train-Batalionen je eine neue zu errichtende Kraftwagen-Kompagnie zugewiesen werden soll. Angehörig soll bei diesen Kompagnien die Ausbildung der militärischen Kraftwagenführer erfolgen, an denen die mobile Armee, damit dem bei den zweiten Staffeln geplanten Ersatz des tierischen durch den mechanischen Zug, einen starken Bedarf haben wird. Es ist selbstverständlich, daß der Zeit entsprechend, die Heranzüchtung des mechanischen Zuges eine große Aufmerksamkeit widmet und die betreffenden Unternehmer aufs kräftigste ermuntert, wozu der Reichstag die Mittel bereitwillig hat. Ebenso selbstverständlich ist es, daß bei fortwährender Aufnahme der Aufträge in die in das Werkleben ihnen in einem künftigen Kriege zur Entlastung der Tiere und zur Verschönerung der Nachhufe eine bedeutende Rolle denotiert; eine Entwicklung, die natürlich im Frieden organisatorisch vorbereitet werden muß. Es ist aber fahrlässig, daß für diese Organisation die Zeit jetzt schon gekommen sei. Anders liegen die Dinge bei der Forderung der etatsmäßigen Aufstellung von Maschinen-gewehr-Kompagnien für die Infanterie in der neuen Militärvorlage. Zwar haben wir schon derartige, einzelnen Infanterieregimenten zugeordnete, oder richtiger: aus ihnen entnommene Maschinenkompagnien. Sie sind aber nicht etatsmäßig und stellen insofern ein kümmerliches Dasein, als Offiziere und Mannschaften zu ihnen von den Regimentern abkommandiert werden müssen. Zum Nachteil der Truppen. Man hat diesen aber in Kauf genommen, weil man sich des gewaltigen Vorteils der Maschinen-gewehr-Kompagnien versichern wollte. Einstweilen inoffiziell. Länger kann die Truppe diesen Zustand nicht ertragen. Es drängt sich daher die Notwendigkeit von Maschinen-gewehr-Organisationen für die Infanterie der Heeresverwaltung mit zwingender Gewalt auf. Die im Etat geführten Maschinen-gewehr-Abteilungen zu 6 Geschützen (Kreuzen 13, Maschinen 2, Batterien 1) sind zwar einzelnen Fußtruppen im Frieden zugewiesen, sie werden aber vor dem Felde ihre Verwendung bei den dann zu bildenden Kavallerie-Divisionen finden. Von den weiter zu erwartenden Verbesserungen ist die Forderung der drei Batterien zu Batterien zur Bestimmung des in neuerer Zeit als unbedingt notwendig sich erweisenden Beobachtungsmoments zu erwähnen. Diese Forderung steht in Konsequenz mit dem einen Vorschlag, das bereits im Heeresetat von 1910 bewilligt worden ist. Die Neuanforderung der noch fehlenden dritten Bataillone bei 33 Infanterieregimentern und eine Vermehrung der Kavallerie wird in der kommenden Militärvorlage nicht beantragt werden. Man hat auf diese, an sich notwendige Ergänzung unserer Heeresorganisation mit Rücksicht auf die Finanzlage jetzt noch verzögern zu müssen geglaubt.

Zur Einweihung der neuen Kölner Rheinbrücke.

Am 19. Juni 1908 wurden die ersten Fische zu der neuen Rheinbrücke bei Köln eingerammt, die jetzt im Besitz des Ministers der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach eingeweiht wurde. Der Minister hielt die Weiherede. Er dankte allen, die ihre Kraft zur Vollenbung des kühnen Baues eingesetzt hatten.

Aber feinem, sagte er, gebührt der Dank mehr als unserm geliebten Landesherren! Wie seine erhabenen Vorhaben entscheidenden Einfluß nahmen auf die Wiederherstellung des Domes in einst gewollter Pracht, wie Kaiser Wilhelm I. der Kulturwelt dieses Wunder der Baukunst offenbarte, so ergreift Kaiser Wilhelm II., als die Notwendigkeit eines Neu- und Erweiterungsbaues der alten Rheinbrücke aus zwingenden Gründen des Verkehrs hervortrat, den Gedanken einer solchen Herstellung, die nicht allein den Forderungen des Verkehrs, sondern auch der Hebung der Vorbereitung künstlerisch entspricht. In allen Städten der Vorbereitung und des Baues hat Seine Majestät das Werk mit Interesse verfolgt und dieses Interesse wieder und wieder bestätigt.

Die Regierung und die Inhafthaltung der galizischen Dienstmagd.

Zu der seinerzeit gemeldeten automatischen Inhafthaltung einer unbesoldeten galizischen Dienstmagd, die ein Bauer auf der Insel Fehmarn 14 Monate im Dienst hatte und weiter behalten wollte, äußert sich jetzt die preussische Regierung. Die amtliche „Berliner Korrespondenz“ schreibt dazu u. a.:

„Ausländisch-polnische Arbeiter und Arbeiterinnen haben spätestens am 20. Dezember jeden Jahres das Land zu verlassen und dürfen hier nicht vor dem 1. Februar wieder in Arbeit treten. Zu widerhandeln sind durch die Ortspolizeibehörden auszuweisen und in der Regel auf fälschlichem Wege nach ihrer Heimat abzuführen. Im vorliegenden Falle ist aus bisher noch nicht aufgetretenen Gründen an Stelle der formlosen Inhafthaltung über die Grenze das formliche Uebernahmeverfahren eingeleitet und auf Grund des beschriebenen Uebernahmeverfahrens vom 2. Juli 1875 die I. Staatsbehörde in Fehmarn um die Uebernahme der ausgewiesenen Dienstmagd Josephine Gieschen aus Galizien ersucht worden. Eine Uebernahmeverpflichtung ist aber nicht zu erlangen gewesen. Nach den geltenden Vorschriften soll eine polizeiliche Bestrafung zur Durchführung des

Ausweisungsvorgangens allgemein nur dann stattfinden, wenn die Durchführung der Ausweisung dadurch, daß der Auszuweisende sich auf freiem Fuße befindet, gefährdet erscheint, oder wenn die polizeiliche Verwahrung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung für notwendig erachtet werden muß. Darüber, ob im vorliegenden Fall diese Bestimmungen Beachtung gefunden haben, sowie über die Gründe der Einleitung des formellen Uebernahmeverfahrens hat der Minister des Innern eine Untersuchung eingeleitet, die bisher noch nicht hat abgeschlossen werden können.“

Man wird mit Recht auf das Ergebnis dieser Untersuchung gespannt sein dürfen. Eine automatische Freiheitsberaubung ohne richterliches Erkenntnis ist ein Vorfall, den man in einem Staate wie Preußen nicht beschönigen kann und darf.

Errichtung einer Militärzigarrenfabrik.

Unter dieser Ueberschrift berichtet die „Breslauer Ztg.“: Dem Deutschen Tabakverein wurde die Nachricht zugegangen, daß beim 4. königl. bauer. Infanterie-Regiment in Meß die Absicht bestehe, einen Betrieb zur Herstellung von Zigarren zur Versorgung der Mannschaft zu errichten. Der bayerische Kriegsminister wurde darauf von dem Deutschen Tabakverein gebeten, einen solchen Vorhaben die Genehmigung zu verweigern, indem gleichzeitig die Gründe, die gegen die beabsichtigte Errichtung einer Militärzigarrenfabrik sprechen, eingehend dargelegt wurden. Der Deutsche Tabakverein erhielt darauf unter dem 11. August d. J. die nachstehende Antwort:

„Zum teilweisen Ausgange bei in Meß eingetretener besonderen Verteuerung aller im Kantinenbetrieb benötigten Lebens- und Genussmittel um, hat sich das 4. Inf.-Regt. zu dem Versuch entschlossen, den Bedarf an Zigarren für die Mannschaften zum Teil in eigener Regie durch zwei gelernte Inhaber in einem eigens zu diesem Zweck errichteten Raume anfertigen zu lassen. Angehörige des Regiments werden bei der Herstellung der Zigarren nicht verwendet, es ist Vorzorge getroffen worden, daß die gefertigten Zigarren lediglich von der Truppe selbst verbraucht werden und ein Verkauf nach auswärts hinausgehalten wird. Da diese Einrichtung lediglich dem Wohle und dem Vorteil der Mannschaften dient, und gesetzliche Bestimmungen ihr nicht entgegenstehen, ist das Kriegsministerium nicht in der Lage, dem vom Deutschen Tabakverein geäußerten Wunsch auf Verbot der Selbstanfertigung von Zigarren im Kantinenbetrieb des 4. Inf.-Regts. zu entsprechen.“

Es ist selbstverständlich, so schreibt das genannte Blatt, daß sich der Deutsche Tabakverein bei diesem Bescheide nicht beruhigen kann, und es werden bei der Reichsregierung und nötigenfalls auch beim Reichstag geeignete Schritte unternommen werden, um zu versuchen, das bayerische Kriegsministerium umzuturnen. Ferner wird darauf hingewiesen, daß dieses Vorgehen des Meßer Regiments nicht vereinbar ist mit dem Gesetz über die Tabaksteuer, welches die Tabaksteuer auf andere Behörden schieben in gleicher Weise vorgehen zu wollen. Dem Deutschen Tabakverein liegt die Absicht einer vor kurzem verendeten Anfrage der Direktion der Provinzial-Stein- und Pfeifenfabrik in Osnabrück vor, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Bedarf an Zigarren für die hiesigen Kranten wird in eigener Werkstatt angefertigt. Ich frage an, ob die Anfertigung den dazu erforderlichen Rohstoff von Ihnen beziehen kann.“

Derstatt bis 4 Mr., Umloft bis 2,50 Mr., Einlage bis 2,10 Mr.

das Pfund frei hier einseitig Zoll und Steuer. Die fertige Zigarre darf ohne Arbeitslohn nur 2½-3 Wg. kosten.“

Das ist in der Tat eine ganz erstaunlich merkwürdige Sache. Erst kürzt man dem Tabakgewerbe durch die Reichssteuerpolitik die schönsten Laufen ab, und dann sucht man ihm noch einen Teil seiner Kundenschaft zu entziehen! Erst verteuert man durch die Steuerpolitik die Zigarren und dann nimmt man die Verteuerung zum Anlaß, das Tabakgewerbe eine neue Schädigung zuzufügen!

Vertrag.

Man meldet aus London: Vor dem Polizeigericht in Karam fand die Fortsetzung der Verhandlungen gegen den Leutnant Helm wegen angeblicher Spionage statt. Nach der Vernehmung einiger Zeugen erschied das Gericht, daß hinreichende Verdachtsgründe gegen Leutnant Helm vorzulegen seien, um die Fortleitung des Verfahrens zu rechtfertigen. Der Fall wurde alsdann bis 28. September vertagt. Ein Gelübde auf Haftentlassung des Leutnants wurde abgelehnt.

Parteinachrichten.

Die „angeblichen“ Erfolge des Fürsten Bülow.

Der Landesonschleber der hagerischen National-liberalen, Fabrikdirektor Tafel, hat in dem vorigen Parteitag einige Ausführungen zur politischen Lage veröffentlicht, die von der „Deutschen Tagesztg.“ und der „Germania“ weiter verbreitet werden. Herr Tafel beschäftigt sich u. a. auch mit den „angeblichen“ Erfolgen des Fürsten Bülow gegen die Sozialdemokratie und mit der Aufforderung, zur Bülowschen Politik zurückzukehren:

„Aber Fürst Bülow hat doch so große Erfolge gegen die Sozialdemokratie erzielt! Erst jüngst schrieb die „Nationalist. Korresp.“, daß er den schwersten Schlag seit Gründung des Reichs gegen sie geführt habe. Wer, der die Sozialdemokratie kennt, und wer insbesondere unter ihren Führern lächelt da nicht? Gegen Bülows Ruhm als Sieger über die Sozialdemokratie sollte jeder eigentlich schon deshalb mißtraulich sein, weil der Schlag, den er geführt, bekanntlich gar nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen das Zentrum gerichtet war. Wenn ein Jäger ein anderes Wild trifft als das, nach dem er geht, so mag man sein GWA, kann man aber kaum seine Kunst loben!“

Das ist eine Auffassung — so schreibt die „Natib. Korrespondenz“ — die in der Zentrumspresse bereits vor mehr als drei Jahren verbreitet wurde, deren Inhaltzettel aber von den Kennern der tatsächlichen Vorgänge schon damals nachgewiesen wurde. Fürst Bülow hat von vornherein Klarheit darüber gehabt, daß dem Zentrum nicht viel anzuhängen, sondern nur durch eine Niederlage der Sozial-

demokratie des Reiches abzugraben sei. Er hat unmitteibar nach der Auflösung die Abfassung eines Exposé über die bei den Wahlen einzuführende Politik veranlaßt. Dieses Exposé war dem Tage nach Auflösung, 14. Dezember 1906, fertig, wurde an demselben Tage vom Reichstanzler ausdrücklich gebilligt und anderen Dienststellen mitgeteilt. Darin heißt es in dem den Kampf gegen die Sozialdemokratie und Welfen behandelnden Teile wörtlich:

„Gegen diese Parteien wird in diesem Wahlkampf immer wieder mit dem besonderen Argument zu kämpfen sein, daß ihre Niederlage notwendig ist, um die Machtstellung des Zentrums zu brechen; denn dem Zentrum werden höchsten und im günstigsten Falle zehn Sitze abgenommen sein. Da aber das Zentrum zusammen mit den Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Christen über gegenwärtig über 215 Mandate eine oppositionelle Mehrheit bilden können. Es wird also zu betonen sein, daß die gegenwärtige unerträgliche Macht des Zentrums nicht sowohl auf seinen eigenen 103 Mandaten, die ja nur wenig mehr als ein Viertel der Sitze ausmachen, als vielmehr auf der Stärke vor allem der Sozialdemokratie beruht.“

Der Ausfall der Wahl von 1907 hat die Richtigkeit dieser taktischen Anweisung bestätigt. Es ist also absolut falsch, daß Fürst Bülow „ein anderes Bild getroffen habe, als das, nach dem er geht“. Er hat von vornherein auf die Sozialdemokratie gezielt, um durch deren Niederlage das Zentrum mit zu Fall zu bringen. Und beides ist ihm geglückt.

Berlin, 21. Sept. Louis Hofsch. Teleg. Bureau verbreitet folgende Meldung: Wie aus Halle kürzlich berichtet wurde, sollte der Reichstagsabgeordnete Dr. Biemer während des Reichstages einer Wählerversammlung in Nordhausen erklärt haben, der frühere Staatssekretär Dernburg habe sich geäußert, er wolle eine freireinige Kandidatur übernehmen. Wie Reichstagsabgeordneter Dr. Biemer, der inwieweit diese Berlin zugehörig ist, mitteilt, ist die Form, in der die telegraphische Mitteilung übermittelt wurde, nicht ganz zutreffend. In jener Wählerversammlung habe er nur davon gesprochen, daß Dernburg sich bereit erklärt habe, für später in Verhandlungen betreffend Uebernahme einer Kandidatur einzutreten.

Wie die „Leipz. N. N.“ von untrühteten Kreisen erfahren, hat die freireinige Volkspartei die Absicht, Dernburg in einem Berliner Reichstagswahlkreis aufzustellen. Der Kreis, der immer noch als Sitz der Berliner Zweigstelle gilt, war von 1893 bis 1897 von Biemer vertreten, ging dann an einen Sozialdemokraten über und wurde 1898 von einem freireinigen kandidierten, allerdings nur für ein Jahr, da infolge der Ungültigkeitserklärung der Wahl Krensch stattfand, in der der Expedient der „Vorwärts“, Buchhandlung, Richard Fischer, den Kreis zurückgewann. Im Jahre 1907 machten die freireinigen den misslungenen Versuch, mit einer Kandidatur des zweiten Bürgermeisters von Berlin, Heide, der außerdem als Romanistiker bekannt ist.

Der Wahlkreis ist unter Umständen zurückzugeben, da der Sozialdemokrat das vorige Mal mit 35 000 Stimmen bei 82 000 Wahlberechtigten siegte.

Parlamentarisches.

Die Kommission des Reichstages für die Reichs-Verfahrensordnung.

Am Dienstag ihre Beratungen wieder auf. Es wurde das dritte Buch „Anfall der Verurteilung“ in Angriff genommen. Zunächst wurde ediert, welche Verurteilungen der Anfall der Verurteilung unterteilt werden soll, und zwar an der Hand von Anträgen fast aller Parteien, die eine besondere Kategorie noch einbringen. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß die Verurteilung der in der Trennung Beschlüssen durch besonderes Gesetz geregelt werden solle. § 560 der Regierungsvorlage wird schließlich mit folgenden zwei Änderungen angenommen: In Ziffer 6 wird auch die Rückentziffer der Verurteilungen unterteilt und in Ziffer 8 der Expeditionen, der Spektoren, der Lagerer und der Kellerbetriebe auch dann verurteilungspflichtig gemacht, wenn sie nicht gewerbsmäßig betrieben werden.

Die Strafprojektkommission des Reichstages.

beriet Dienstag nachmittag in ihrer ersten Sitzung nach den Ferien die Bestimmungen des Entwurfes über das „schleunige Verfahren“. Es fand zunächst eine allgemeine Aussprache darüber statt, ob überhaupt ein solches Verfahren in dem vorgesehnen Umfang zweckmäßig sei. Anträge, das schnelle Verfahren ganz zu beseitigen bzw. auf Höchstmaß zu beschränken, wurden abgelehnt und § 410 nach der Regierungsvorlage angenommen. Bei § 411

Sind Sie Cigarettenkenner?

Dann sind die Nachahmungen der Salom Aleikum für Sie wertlos. Einen wirklichen Genuss haben Sie nur von der echten. Lassen Sie sich nicht durch ähnliche Stempel täuschen und überzeugen Sie sich, daß der Druck auf der Hülse lautet:

Fabrik-Anstalt. Salom Aleikum Nr. Orient Tab. & Cigaretten-Fabrik. Seiditz, Inh. Hugo Zietz Dresden.

Preis: Nr. 3 1/2 4 5 6 8 10 3 1/2 4 5 6 8 10 Pl.

wurde ein Antrag angenommen, wonach in dem Antrage auf schleuniges Verfahren nicht nur Ort und Zeit der Tat und das anzuwendende Strafgesetz, sondern auch die Beweismittel angegeben sind. § 411 wurde nicht geändert. Die Mitteilung über die zu § 412 vorliegenden Anträge betr. die Zuschlagung von Schöffem bei schleunigen Verfahren wurde auf Mittwoch vormittag vertagt.

Kleine politische Nachrichten.

Der neue Unterstaatssekretär im Reichskolonialamt, Dr. Köhler, hat sich von den Mitgliedern des Reichstages bereits verabschiedet und dabei u. a. betont, daß er ein überzeugter Anhänger der Selbstverwaltung sei. Dr. Köhler wird sein Amt schon in den nächsten Tagen antreten. Zur Vorgesellschaft der Ernennung des neuen Unterstaatssekretärs wird noch gemeldet: Dem „Schwäb. Merkur“ zufolge wurde das Amt des Unterstaatssekretärs im Reichskolonialamt zunächst dem Staatsrat v. Rothbar, dem Präsidenten der württembergischen Zentralstelle für Gewerbe und Handel, angeboten. Er lehnte aber aus Rücksicht auf sein liegverwendetes Amt und auf seine Familie ab. Wohlbar war früher längere Zeit in Japan. — Die Betriebseinnahmen der preussisch-preussischen Staatseisenbahnen haben im August 1910 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres im Personenerlöse 32 Millionen Mark = 5,31 v. H. im Gütererlöse 12 Millionen Mark = 11,16 v. H., insgesamt einschließlich der Nebenleistungen aus sonstigen Quellen 15,3 Millionen Mk. = 8,99 v. H. mehr betragen. Der August 1910 hatte einen Sonntag weniger und einen Arbeitstag mehr als der gleiche Monat des Vorjahres. — Die Pächter Bürgerliche lehnte in namentlicher Abstimmung zum zweiten Male einen Senatsantrag ab, für das neue Lehrerseminar eine neue Direktorin anzustellen. Die Bürgerliche erwidert darin den Beginn der Neuorganisation des Lehrkörpers der Mädchenhörsäle. — Zu dem deutsch-schweizerischen Zwischenfall, der sich jüngst in Kreuzlingen zutrug, wird aus Bern gemeldet: Der Bundesrat forderte von der Regierung des Kantons Thurgau einen Bericht über die Grenzverletzung, die der badiische Grenzschutzführer Meyer dadurch begangen hat, daß er in der Angelegenheit des Sacharinsingangs von Fußschiß in Kreuzlingen bei Konstanz (Thurgau) Untersuchungsmaßnahmen vornahm. — Eine russisch-preussische Grenzregulierung an der schlesischen Grenze ist geplant. Eine im Petersburger Ministerium des Innern aus Vertretern der verschiedenen Reichsteile gebildete Kommission hat die Grundlagen für ein Abkommen mit Preußen ausgearbeitet, durch welches die Grenze vom Rienebis zur Ostsee reguliert werden soll. — In einer von dem schlesischen Staatsminister Grafen Bismarck geleiteten Besprechung zwischen den Vertretern sämtlicher schlesischer Submissionsämter einerseits und den Vertretern des schlesischen Submissionsamtes andererseits, die zu Dresden im Ministerium des Innern stattgefunden hat, sind die Grundlagen über die Einrichtung einer Verhandlungsstelle, für welche die schlesische Städteverwaltung einen Staatsbeitrag von 20 000 Mk. zur Verfügung gestellt hat, beraten worden. Es wurde allseitig anerkannt, daß ein Bedürfnis vorhanden sei, den Handwerker die Beteiligung an dem Wettbewerb bei größeren Aufträgen, insbesondere Staatsaufträgen, durch Errichtung städtischer Vermittlungsstellen zu erleichtern. Diese Stellen sollen an die Innungsausschüsse angegliedert werden und erhalten ihren Mittelpunkt in dem Submissionsamt, wofür letzterem auch Vertreter der Gewerbetreibenden beitreten dürften.

Heer und Flotte.

Berlin, 21. Sept. Die Oberkriegsgerichtsverhandlung gegen den Sergeanten Teckhoff, der langjähriger Unteroffizier befördert wurde, endete mit einer Freisprechung u. des Angeklagten. Das Gericht war wohl, wie es in der Begründung heißt, zu der Überzeugung gekommen, daß erhebliches Beweismaterial gegen den Angeklagten spreche, doch wurde der Hauptbelastungszeuge für nicht glaubhaft erachtet, um eine Beurteilung des Angeklagten herbeiführen zu können.

Ausland.

Der Bürgermeister von Rom gegen den Papst.
Aus Anlaß eines Festes hielt der Bürgermeister von Rom Natta, umgeben von staatlichen und kirchlichen Behörden, vielen Generalen und Offizieren, vor einer gewaltigen Volksmenge eine vielbemerkte Ansprache, in

der er unter anderem ausführte, daß die traditionelle Vererbung Unschicklichkeit des Papstes in die Volksmitten übergegangen sei, wie sich bei der apulischen Epidemie zeige, wo das Volk vor der Madonna Gebühde ablegte und die Kräfte erdolche, eine Unschicklichkeit, die allen menschlichen Fortschritt konstatiere und das helle Tageslicht verbunten wolle.

Diese Rede ruft im Vatikan große Entrüstung hervor. „Corriere d'Italia“ schreibt: Es dürfte dem Bürgermeister einer Stadt nicht gestattet sein, über die katholische Religion so zu sprechen, wie es Natta getan habe, welcher der päpstlichen Unschicklichkeit die apulischen Ausbreitungen gegen die Kräfte aufzuführen wolle.

Kabinettswechsel in Griechenland.

Wie aus Athen verlautet, wird das Kabinet des Ministers Dragumis zum Rücktritt gezwungen und ein Kabinet Stulubdie ernannt werden. In diesem neuen Kabinet wird Venizelos das Portefeuille des Außen und General Smolenski das Kriegs-portefeuille übernehmen.

Von der neuen türkischen Anleihe.

„Petit Parisien“ erzählt aus offizieller Quelle über die türkische Anleihe, daß die Emission von 150 Millionen, welche die Türkei braucht und die ihr von Sir Ernest Cassel und einer Bankgruppe angeboten worden sind, nur dann stattfinden, wenn Finanzminister Cocheron und Ministerpräsident Briand auf die Bedingungen verzichten, die sie gestellt haben, um die Anleihe an der Börse in Paris auszulassen. Man will in diesem Vorhaben eine Einschränkung sehen, und das Kabinet glaubt mitteln zu können, daß die französische Regierung die Absicht habe, ihren Standpunkt nicht zu ändern. Sie hält vielmehr ihre Bedingungen aufrecht.

Aufhebung einer Bombenfabrik.

Nach einer Depesche aus Lissabon wurde die gesamte Bewohnerchaft eines Hauses im unteren Stadtteil von Lissabon durch die Polizei in Haft genommen. Sogar Frauen und Kinder wurden abgeführt. Die Polizei beschlagnahmte in dem Hause ein Arsenal zur Erzeugung von Bomben und Explosivstoffen. Unter den Verhafteten befand sich auch ein Schlosser, der ohne weiteres eingekerkert, daß dieses Arsenal sein Eigentum sei und daß er ausschließlich zu politischen Zwecken, zur Erzeugung von Bomben usw. gemietet habe.

Kleine Tagesnachrichten.

Die in die passive Resistenz eingetretenen österreichischen Südbahnangestellten haben nunmehr den Betrieb in der üblichen Weise wieder aufgenommen, nachdem die Direktion den größten Teil ihrer Forderungen bewilligt hat.

Italienische Protestation an der österreichischen Grenze. Bei der Gründung einer Schutzhütte im Saganer Gebirge, nahe an der österreichischen Grenze, hielten Italiener und Tiroler auf einem österreichischen Gipfel eine italienische Fahne, die von österreichischen Gendarmen trotz miltärischen Protestes der Italiener fortgenommen wurde. Tirolische Bauern des Saganer Tales, die die Gendarmen mit der Fahne kommen sahen, wollten die Fahne zerreißen, was aber die Gendarmen verhinderten. Im Grenzgebiete herrscht große Erregung.

Heise des belgischen Königs. Aus Brüssel wird gemeldet: Das belgische Königs-paar trifft am 3. Oktober in Wien ein. Die Rückreise erfolgt am 6. Oktober.

Kunst und Wissenschaft.

Mex-Curtius-Stiftung in Heidelberg.
In Erfüllung eines Wunsches des am 4. August 1909 verstorbenen Professors der alttestamentlichen Theologie D. Dr. Halbert Herz in Heidelberg hat dessen Witwe Sophie geb. Curtius, der philosophisch-historischen Klasse der Heidelberger Akademie der Wissenschaften ein Kapital von 50 000 Mark zur Begründung einer Mex-Curtius-Stiftung zur Verfügung gestellt, um aus den Zinsen durch Stipendien an junge evangelische Theologen oder Orientalisten deren Studien auf den

Gebieten der alttestamentlichen Theologie oder der Auftragsgeschichte Befähigung zu unterstützen, wobei nur rein linguistischen Problemen und allen Arbeiten auf dem Gebiete der Reilischwissenschaft, die lediglich philologischen Charakter haben, obzuehoben werden soll. In erster Linie kommen Deszendenz der Stifterin, ferner Angehörige der Universitäten Heidelberg, Tübingen und Gießen bei der Zuerteilung in Betracht.

Theater und Musik.

Ein beachtenswerter Versuch.

Freier Konzertbesuch für Unbemittelte wird jetzt in einer süddeutschen Stadt dadurch ermöglicht, daß über unverkauft gebliebene Plätze zugunsten von Armen- und Waisen-häusern und ähnlichen Anstalten verfügt wird. Auch in Berlin sind Anträge zu einer bezahligen Verteilung seit zwei Jahren gestellt. Der ersten öffentlichen Forderung der Gesellschaft für christliche Kultur überließen zwei große Berliner Konzertdirektionen schließlich eine Anzahl Karten, die in der Beschlusse zur Verfügung der Leser gestellt und mit großem Dank benutzt werden. Wie es heißt, bieten die Kosten für Kleidergabe und etwaige Gastkosten kein ernstes Hindernis auch für Unbemittelte.

Am Totenbette Rain's.

Wien, 21. Sept. Im Laufe des gestrigen Tages sind an Frau Rain unzählige Weisheitstelegramme gelangt, unter anderen Telegramme von Hermann Sudermann, Grafen Seebach-Dresden, Grafen Hüllen usw. Nachdem gestern vormittag Dr. Goltz Rain im Totenbette gesiegt hatte, nahm der Burschenschaftler Trebler, der in seinen Wochenstunden Bildhauer treibt, die Totenmaske des verstorbenen Künstlers ab. Am Abend wurde der Leichnam mit Frau und weicher Binde beledet. Später wurde der tote Künstler vom Sanatorium abgeholt und in das Hofhaus des Großhändlerkellers Mauthner gebracht. Von dort aus wird Donnerstag nachmittag das Leichenbegängnis stattfinden. Wie verlautet, hat Kaiser Wilhelm die Absicht ausgesprochen, heute im Trauerhause an der Bahre Rain's zu erscheinen, um dort einen Löberranz niederzulegen.

Sport-Nachrichten.

Auf der Pariser Pringepartien gelangte am Sonntag ein 100 Kilometerrennen zum Austrag. Sieger blieb Doragon, der die Strecke in 1 Stde. 17 Min. 41,4 Sek. zurücklegte.

Geschäftsverkehr.

(Für die Veröffentlichung unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung.)

Angegriffene Hände. Dieses Uebel, welches dem armen Geschlecht namentlich im Winter hart anhaftet, kann durch Obermengers Herbo-Seife leicht vermieden oder beseitigt werden. — Nach zahlreichen Dankschreiben hat sich Herbo-Seife gegen aufgegriffene Hände, spröde Haut, Saunreinigungeln und dergl. hervorragend bewährt und wird deshalb auch von Werten in allen diesen Fällen warm empfohlen.

Die Seife ist in allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien zu 50 Pfg. und 1 Mk. per Stück erhältlich.

Preisgekrönt. Die Turn der Brüsseler Weltausstellung hat der von der Deutschen Gasföhllicht-A.G. hergestellten Osram-Metallfadenlampe soeben den Grand Prix, also die höchste Auszeichnung, die sie zu vergeben hat, zuerkannt.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den sozialen Teil, für Brauungsanfragen, Gericht und Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Letzte Nachrichten, Vermischtes und Sport: Erich Volkow; für das Feuilleton: F. B. Eugen Brinkmann; für den Inseratenteil: Hermann Göbel; Druck und Verlag von Otto Hendel, sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. —

Bestbewährte gesunde und magen-darmkrankte		Kindermahl	Nahrung für:
		schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.	

Damen- und Kinder-Konfektion.

Vorteilhafte Herbst-Neuheiten.

Herbst-Mäntel

aus neuen Fantasie-Stoffen, englischer Art, Rücken geschweift, Ia. Verarbeit. 42,00 bis 75 M.

Engl. Herbst-Kostüme

aus neuen Fantasiestoffen, Jackett 80 cm lang 85,00 bis 165 M.

Mädchen-Kleider

in Taillen- und Hänger-Passons, aus karierten und einfarbigen Stoffen, in Größen 50-100 . . . 35,00 bis 50 Pz.

Knaben-Paletots

in marine und farbigen Stoffen, engl. Geschmack, Grösse 0-12 29,00 bis 4 M.

Frauen-Mäntel

auf Cloututter, aus halb-, schwarzen Stoffen, neueste Formen 15,00 bis 9 M.

Kleider-Röcke

aus reinwoll. Kammgarn, modernes Faltenpasson, in marine und schwarz 22,50 bis 5 M.

Mädchen-Jacken

aus modernen melierten und einfarbigen Stoffen, in Größen 0-8 22,50 bis 7 M.

Kinder-Pelerinen

für Knaben und Mädchen, in marine und marango, für jedes Alter am Lager 17,50 bis 4 M.

Neue Herbst-Kostüme

aus prima Kammgarn oder Tuch, moderne, anschlussende Formen, in marine, oliv und schwarz 125,00 bis 180 M.

Herbst-Blusen

aus blau-grünkarierten Wollstoffen, gestützte, Vorderteil in Falten gestrept 12,50 bis 3 M.

Knaben-Anzüge

in Kittel-, Blusen- und Norfolk-Passons aus halbbarren Stoffen 37,00 bis 3 M.

Mädchen-Röcke u. Blusen

in den elegantesten Formen und Ausführungen 15,50 bis 2 M.

Geschäftshaus **J. LEWIN** Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

